

Weckruf Bildungsaufbruch für Baden-Württemberg

Die Unzufriedenheit mit der Bildungspolitik der Landesregierung ist nicht zu übersehen und zu überhören. Hunderte von Schulleiterinnen und Schulleitern haben offen gegen die Missstände im Schulwesen protestiert – die Reaktionen des Kultusministeriums sind bekannt: Disziplinieren und Abwiegeln. Die Schulpolitik im Land ist Stückwerk. Es fehlt ein einheitliches Konzept für ein modernes Schulsystem, das den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist. Es fehlt am Reformwillen.

Unser Bildungssystem ist nicht auf der Höhe der Zeit. Das ist für ein Land, das vor allem von den Leistungen seiner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lebt, eine alarmierende Feststellung. Es geht um unsere Kinder, es geht um die Sicherung des Fachkräftenachwuchses.

Unser Schulsystem ist von hoher sozialer Ungerechtigkeit geprägt. In keinem vergleichbaren Land ist der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg so eng wie bei uns. Es geht um Gerechtigkeit bei der Verteilung von Bildungschancen.

Es ist höchste Zeit, dass die Landesregierung sich bewegt!

Die Landesregierung wurstelt in der Bildungspolitik vor sich hin - sozusagen zwischen Abwehr und zaghaften Schritten - manchmal auch vor und zurück. Sie bietet in vielen bildungspolitischen Fragen ein trauriges Bild der Zerrissenheit und Konzeptionslosigkeit. Der Kultusminister verwaltet sein Amt mehr als dass er gestaltet. Er wiegelt ab und verfällt in Selbstlob. Und er verschanzt sich gerne hinter noch Schlechteren. Kritik von Wissenschaftlern und internationalen Organisationen wird abgeblockt, ausgesessen oder ignoriert.

In Sachen Reformmut müssen wir der Landesregierung die Note fünf bescheinigen.

Der bildungspolitische Reformstau im Land ist unübersehbar:

- Die Hauptschule hat trotz aller Rettungsversuche und engagierter Arbeit der Lehrkräfte keine Zukunft: Die Übertrittsquote auf die Hauptschule ist von 60-70 Prozent Ende der sechziger Jahre auf inzwischen 28 Prozent gesunken, Tendenz weiter sinkend.
- Aber nicht die Hauptschule befindet sich in einer Krise, sondern das gegliederte Schulsystem; die Krisensymptome allerdings sind an der Hauptschule am deutlichsten sichtbar.
- Der Rückgang der Schülerzahlen gefährdet bei Beibehaltung der Dreigliedrigkeit ein wohnortnahes Schulangebot.
- Das dreigliedrige Schulsystem ist nicht zukunftsfähig – es benachteiligt Schwächere und ist hochgradig sozial selektiv – wir haben ein massives Gerechtigkeitsproblem!
- Der Trend zu Privatschulen ist ein Alarmsignal. Er sagt eigentlich schon alles über den Zustand des öffentlichen Schulsystems.
- Zu viele Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss oder ohne ausreichende Qualifikationen für eine qualifizierte Ausbildung.
- Das achtjährige Gymnasium überfordert Eltern und Schüler. Wir brauchen aber keine Reduzierung der Schulstunden, sondern eine Reduzierung der Stofffülle und die Schaffung echter Ganztagschulen mit rhythmisiertem Unterricht und qualifiziertem Personal.
- Die gewerblichen Schulen leiden unter Stundenausfall, Nachwuchssorgen bei den Lehrern, überfüllten Klassen, z. B. im BVJ, zu wenig Schulsozialarbeit.
- Baden-Württemberg liegt mit seiner Studierendenquote von 36,3 % der Schüler und Schülerinnen mit Hochschulberechtigung weiter hinter der durchschnittlichen Quote in den OECD-Ländern von 54 % zurück; auch die bundesweit angestrebte Quote von 40 % wird nicht erreicht. Studiengebühren verschärfen die Selektion. Bis auf Hamburg liegen alle Bundesländer mit Studiengebühren unter dem bundesweiten Durchschnitt von 3,8 Prozent mehr Studienanfängern. 2007 war das Land Negativspitzenreiter mit einem Rückgang der Studienanfänger an Universitäten um 8,4 Prozent! Nur noch 13 Prozent der Studierenden kommen aus Arbeiterfamilien.
- Die Weiterbildung genießt hohen Rang – aber vorrangig in Sonntagsreden, nicht in der praktischen Landespolitik.

Wir brauchen deshalb endlich einen Aufbruch in Richtung auf längeres gemeinsames Lernen, mehr Integration und den Abbau von Selektion. Dies versucht die Landesregierung mit allen Mitteln zu verhindern.

Es wird Zeit, dass sich das ändert!

Es muss Schluss sein mit der ideologisch motivierten Tabuisierung des Themas einer anderen Schulstruktur durch die Landesregierung. Schulstruktur und Schulkultur hängen eng zusammen. Beides ist veränderungsbedürftig:

- aus Gründen der Chancengerechtigkeit,
- aus Gründen der Demografie
- aus Gründen des Fachkräftenachwuchses
- vor allem aber im Interesse der persönlichen Entwicklung unserer Kinder.

Wir fordern deshalb eine Schule für alle Schülerinnen und Schüler bis zur Klassenstufe 10.

Baden-Württemberg gehört zu den Ländern, die bisher nicht angemessen auf die Krise unseres Schulsystems reagieren. Das muss sich ändern!

In 10 Bundesländern wird es demnächst keine Hauptschulen mehr geben.

Wir müssen weg vom selektiven dreigliedrigen Schulsystem hin zu einem integrativen Schulsystem, in dem Kinder und Jugendliche, wie in anderen Staaten üblich, länger gemeinsam miteinander und voneinander lernen und dabei individuell besser gefördert werden.

Dies ist nur in einer „echten“ Ganztagschule möglich, weil sie den Lernbedürfnissen und -möglichkeiten der Kinder am nächsten kommt. Sie ist auch nötig, um die gleichberechtigte Berufstätigkeit von Frauen und Männern zu ermöglichen. Die Gewerkschaften legen Wert darauf, dass die Ganztagschule mit neuen Formen des fächerübergreifenden Lernens, des Projektunterrichts und des integrierten Unterrichts einhergeht. Starre Unterrichtszeiten im 45-Minuten-Takt sind aufzulösen.

Auf dem Weg zum Kinderland Baden-Württemberg, wo Ministerpräsident Oettinger viel verspricht und wenig hält, gibt es noch viel zu tun – von der frühkindlichen Bildung über die Schulpolitik, die Versorgung mit qualifizierten Ausbildungsplätzen, die Berufsschulsituation, die Hochschulpolitik oder die Weiterbildung.

Mit unserem „Weckruf Bildungsaufbruch für Baden-Württemberg“ wollen wir auf den drängenden Reformbedarf an einigen Beispielen hinweisen und mehr Druck in Richtung notwendiger Veränderungen machen.

In vielen Städten Baden-Württembergs haben in den letzten Monaten Eltern gegen den Bildungsnotstand, gegen Lehrermangel, Stundenausfall, die Probleme mit dem G8 und für eine längere gemeinsame Schulzeit protestiert.

Am Samstag, 19.4., findet eine große Demonstration und Kundgebung für eine bessere Schule in Baden-Württemberg in Stuttgart statt. Die GEW unterstützt diese Aktion. Der DGB ruft ebenfalls dazu auf, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen.

Ausbildungsplatzsituation:

Der Berufsbildungsbericht der Bundesregierung zeigt, dass die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt weiter kritisch bleibt.

Obwohl im vergangenen Ausbildungsjahr in Baden-Württemberg 7000 Ausbildungsverträge mehr abgeschlossen wurden, ist die Situation auf dem Lehrstellenmarkt auch im Land weiterhin angespannt. Nur 44,7% der 83.405 gemeldeten Bewerber/innen um einen Ausbildungsplatz konnten vermittelt werden. Viele Jugendliche sind leer ausgegangen, haben keinen Ausbildungsplatz erhalten und stecken in Warteschleifen an Berufsschulen oder in Maßnahmen der Arbeitsagentur.

Auch der weitere Anstieg des Anteils der Altbewerber/innen auf jetzt 46,8% macht uns große Sorgen. Von diesen 39.074 Jugendlichen, die sich schon in der Vergangenheit vergeblich um einen Ausbildungsplatz beworben haben, konnten nur 18.194 - also nicht mal die Hälfte - in Ausbildung vermittelt werden.

Berufsschulen:

Bei den Berufsschulen des dualen Systems beträgt das strukturelle Defizit bei den Unterrichtsstunden 8,5 %. Gegenüber dem Vorjahr (8,1 %) verschlechterte es sich noch einmal. Um auch nur annähernd eine gleichwertige Unterrichtsversorgung wie die allgemein bildender Schulen zu erreichen, würden die beruflichen Schulen insgesamt 1.120 Stellen benötigen.

Die Situation ist dramatisch: In den nächsten 10 Jahren scheidet wegen Pensionierungen ein Drittel der Lehrer/innen aus.

Der DGB fordert die Landesregierung auf, stärker als bisher auf den Unterrichtsausfall und Lehrer/innenmangel insbesondere an den Berufsschulen zu reagieren.

Hierfür sollten kurzfristig alle Möglichkeiten des TV-L sowie des Beamtenrechts zur besseren Bezahlung von Berufsschullehrer/innen (insbesondere der Direkteinsteiger) genutzt werden.

Weiterbildung:

Offiziell wird bei jeder Gelegenheit das Hohe Lied von der Bedeutung der Weiterbildung gesungen. In der Praxis wird dagegen im Land die Abrissbirne geschwungen.

Anfang Juli 2006 erfuhr der Volkshochschulverband von Staatssekretär Wacker, dass die Landesförderung für die Träger der Weiterbildung noch einmal um 10 Prozent gekürzt werden soll. Die Landesförderung beträgt damit nur noch ein Drittel der Förderung von 1978! In den letzten 10 Jahren haben die Volkshochschulen 60 Prozent der Landesfördermittel eingebüßt! Der Eigenanteil der TeilnehmerInnen liegt bei 56 Prozent, im Bundesdurchschnitt sind es nur 39 Prozent!

Die Folgen dieser Politik sind gravierend:

- bildungsferne Schichten werden weiter benachteiligt
- im Weiterbildungssektor wird die soziale Auslese verschärft
- die Weiterbildung wird schleichend privatisiert
- der Trend zu prekären Arbeitsverhältnissen im Weiterbildungsbereich wird verstärkt

Der DGB-Index „Gute Arbeit“ hat auch nach der Weiterbildungsbereitschaft gefragt: „Wer kann sich vorstellen, sich persönlich für eine Verbesserung der Weiterbildungsmöglichkeiten einzusetzen?“ 70 Prozent der Befragten wollen sich für eine Verbesserung ihrer Arbeitssituation einsetzen; der höchste Anteil liegt mit 49 Prozent bei der Weiterbildung. Aber 68 Prozent berichten, dass sie keine oder nur in geringem Maße Angebote zur Weiterqualifizierung erhalten. Außerdem arbeiten 48 Prozent unter Bedingungen, unter denen ihnen die Weiterentwicklung ihres Wissens und Könnens nicht oder nur in geringem Maße möglich ist. 55 Prozent der Befragten berichten darüber hinaus, Weiterbildung und Personalentwicklung hätten für ihre Vorgesetzten keinen oder nur geringen Stellenwert. Und viele Beschäftigte zahlen ihre Fortbildung noch aus der eigenen Tasche.

Wir brauchen eine Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung. Die Finanzierung darf nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Deshalb fordern wir ein Landesprogramm Weiterbildung, das auf der Grundlage eines Weiterbildungsgesetzes aufgelegt wird.

Bildungsinvestitionen sind langfristig die beste Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Lebenslanges Lernen sichert auch den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

DGB-Bezirk Baden-Württemberg
Stuttgart, 17.04.2008